



## Vorsteherin im Gespräch

Daniela Wellenzohn-Erne wurde zur ersten Vorsteherin im Oberland gewählt. Voller Tatendrang hat sie ihre Arbeit für Triesen aufgenommen. **Seite 2**

Ausgabe 2|19  
Juni 2019

## Im Einsatz für die Bevölkerung

Ein Jahr ist es her, seit die VU ihr Bürgerpaket präsentiert hat. Nachdem anfänglich die Notwendigkeit von politischen Gegnern bestritten wurde, feiert das Paket Erfolge für die Menschen in Liechtenstein.



Die VU-Fraktion im Landtag arbeitet – genauso wie die VU-Regierungsmitglieder – gewissenhaft für die Menschen in Liechtenstein.

Foto: Daniel Schwendener

Genau ein Jahr, nachdem die Vaterländische Union nach einem sensationellen Ergebnis der Landesrechnung das Bürgerpaket vorgestellt hat, springt auch die FBP – verspätet – auf den Zug auf. Das «Postulat zum verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven» klingt zwar etwas oberlehrerhafter als das Bürgerpaket, bläst aber ins selbe Horn. Und weil die FBP offenbar etwas weniger Fantasie hat und nicht weiss, wo die Probleme liegen, will sie mit diesem Postulat die Regierung – sprich den Regierungschef – diese Gedankenarbeit vollbringen lassen. Praktisch, wenn man selber nicht nachdenken will. Das ist zu wenig. Und kommt zu spät. Auch wenn die FBP derzeit primär mit sich selbst beschäftigt ist. Allenfalls wird die FBP aus der Postulatsbeantwortung dann gleich ihr Wahlprogramm für die Landtagswahlen schustern. Praktisch, dass diese Arbeit dann der Steuerzahler bezahlt, wenn die Regierung Vorlagen liefert.

### Entlastung dank VU-Vorstössen

Wir erinnern uns an den Juni 2018: Die VU präsentiert ihre ersten Vorstösse in Sachen Bürgerpaket. Mit der Interpellation zur finanziellen Situation im Rentenalter und der Interpellation zur Prämienverbilligung verlangte man mehr Zahlenmaterial und Fakten, um weitere Vorstösse lancieren zu können. Mit dem Postulat Zeitvorsorge wollte man eine neue Möglichkeit schaf-

fen, um Hilfe zur Selbsthilfe zu etablieren, die unabhängig der finanziellen Situation erfolgen kann, während die Interpellationen nun zur Prämienverbilligungs-Initiative führten. Diese wird voraussichtlich im September-Landtag behandelt und sieht die Ausweitung der Prämienverbilligung um rund 3000 Anspruchsberechtigte zusätzlich vor. Eine

**Im Gegensatz zu anderen Parteien konzentriert sich die Vaterländische Union auf die Arbeit für die Menschen in Liechtenstein.**

zielgerichtete Entlastung. Ausserdem sorgten die VU-Vorstösse für wichtige Diskussionen rund um diese Themen und führen womöglich zu weiteren Verbesserungen. Eine weitere Entlastung erreichte die VU mit der Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags um vier Millionen Franken. Nachdem dieser Antrag zwei Jahre in Folge mit 13 Stimmen

abgeschmettert wurde, stimmte im Juni-Landtag 2019 auch Wendelin Lampert von der FBP dafür und beschaffte die nötige Mehrheit. Das bedeutet eine monatliche Reduktion der Krankenkassenprämie um 10.40 Franken. Das sind rund 125 Franken pro Jahr.

### Mehr möglich machen!

Auch Familien werden dank eines VU-Vorstosses steuerlich entlastet. Das entsprechende Postulat forderte eine Erhöhung des Kinderabzugs – analog der Schweiz. Die Regierung hatte ein Einsehen und liess die Entlastung gleich auch einfließen (s. Beitrag von Manfred Kaufmann auf Seite 4).

Auch abseits des Bürgerpakets ist die VU weiterhin engagiert und vor allem realistisch für die Menschen in diesem Land im Einsatz. Nach dem negativ beantworteten Postulat «Alters- und Risikoversorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile» schickte die VU mittlerweile die Motion «zur Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit» auf den Weg. Hier sollen Lücken in der Alters- und Risikoversorge geschlossen werden, die nachweislich durch das Erbringen von unbezahlter Familien- und Erziehungsarbeit entstanden sind.

### VU-Ressorts mit Erfolgen

Die Vaterländische Union ist mit dem Leitspruch «Mehr möglich machen» in diese Legislatur gegangen. Dieses Motto nehmen die Abgeordneten und Regierungs-

mitglieder der VU ernst. Die Schulbautenstrategie, die seit Jahrzehnten einer Lösung harpte, wurde von den Regierungsmitgliedern Daniel Risch und Dominique Hasler gemeinsam durch den Landtag gebracht. So wird die Bildungsschicht in Liechtenstein, was die Infrastruktur angeht, zukunftsfit. Inhaltlich wurde die Einführung des Liechtensteiner Lehrplans (LiLe) erfolgreich aufgegleist.

Die Zahlen im Asylbereich sind ebenfalls erfreulich. Schnelle Verfahren im Sinne des Dublin-Prozesses sorgen dafür, dass die Fälle am richtigen Ort abgewickelt werden. Bei der Rettung der Schutzwälder ist die Regierung so weit wie schon lange nicht mehr. Auch die Zukunft von Radio L ist geklärt worden.

### Fokussiertes Arbeiten

Während andere Parteien mit Spaltungen, Austritten, merkwürdigem Umgang mit Steuergeldern, der Pflege persönlicher Eitelkeiten und anderen Querelen für Schlagzeilen sorgen, konzentriert sich die Vaterländische Union auf die Arbeit für die Menschen in Liechtenstein und fokussiert sich auf die Zukunft.

Nach den Jahren des Sparens, in denen viele zugunsten der Staatskasse verzichten mussten, ist es wieder an der Zeit, mehr für die Menschen in Liechtenstein möglich zu machen. Dafür wird sich die Vaterländische Union weiterhin einsetzen. So viel ist sicher! ■

Michael Winkler



Michael Winkler  
ParteiSekretär

### Editorial

## Friede, Freude, Eierkuchen?

Regierungsrätin Aurelia Frick steht abermals wegen ihrer merkwürdigen Ausgabenpolitik in der Kritik. Diesmal ermittelt sogar die GPK, die aus Vertretern aus allen politischen Lagern besteht. Hohe Rechnungen für politische Berater und geschwätzte Listen stehen im Raum – Vorgänge an den Grenzen der Legalität. In der GPK sitzt auch Alexander Batliner. Der Parteikollege attackierte Aurelia Frick öffentlich hart, als es um die Reisespesen ging. Diesmal sind es Vertreter anderer Parteien, die den Stab über der Regierungsrätin brachen: Mit deutlichen Worten weisen Frank Konrad (VU) und Thomas Rehak (DpL) auf Unregelmässigkeiten hin und wollen die Fakten dem Landtag zur Kenntnis bringen. Sie verlangen einen Sonderlandtag zum Thema, um alles ans Licht zu bringen.

Unter dem Deckmantel der Vertraulichkeit, mittels emotionaler Radiointerviews, der Instrumentalisierung des Frauenstreiktags und einer Medienkonferenz wäscht die Ministerin – kommunikationsbewusst im weissen Kleid – ihre Hände in Unschuld. Weiterhin darf die Öffentlichkeit nicht erfahren, was das eigentliche Problem der GPK ist. Im gefährlichen Halbwissen entsteht bei vielen der Eindruck: Der armen Frau wird von den ganzen Männern übel mitgespielt. Die Opfersymmetrie stimmt perfekt. Von den Fakten wurde aber erfolgreich abgelenkt. Sogar die FBP-internen Differenzen werden nach einer langen Sitzung beigelegt. Alles wieder gut?!

Vom Regierungschef hörte man bis dahin kein Wort. Er habe sich nicht bei Frick gemeldet, meinte diese an ihrer Pressekonferenz. Sie sich wohl auch nicht bei ihm. Misstrauen muss hier nicht ausgesprochen werden. Ob der Landtag ihr das Misstrauen aussprechen wird, werden wir sehen. Jedenfalls muss nach diesen Kapriolen die Öffentlichkeit über alles informiert werden.

### Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union  
Redaktion: Michael Winkler, Günther Fritz  
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag  
Adresse: Vaterländische Union,  
ParteiSekretariat, Wilhelm Beck-Haus,  
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz  
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,  
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li,  
guenther.fritz@vu-online.li  
Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union



Michael Winkler  
Parteisekretär

## Kommentar

### Gemeindearbeit mit viel Medienecho

Gut zwei Monate ist es her, seit in den Gemeinden die Vorsteher und Gemeinderäte neu gewählt wurden. Nach den medial vergleichsweise «lauten» Wahlen ist es auch im Monat danach nicht viel ruhiger geworden. Einige Beispiele: In Vaduz will die VU mit einem Vorstoss zu mehr Transparenz rund um Gemeinderatsbeschlüsse sorgen und kämpft gegen ein Fahrverbot auf dem Rheindamm, das eine Koalition aus FDP und Freier Liste im Gemeinderat beschlossen hat. Pikant ist nicht nur die Massnahme selbst, sondern auch, dass sich der Gemeinderat damit über den beschlossenen Verkehrsrichtplan hinweggesetzt hat. Der Schaaner Gemeinderat hat sich in der Person von Vorsteher Daniel Hilti zu Wort gemeldet. Hier geht es um adäquate Massnahmen, um den Schutzwald zu retten, der im ganzen Land in einem desolaten Zustand ist. In Balzers wird unter Hochdruck gegen die Hochspannungsleitung vorgegangen, nachdem die Bürgergenossenschaft offenbar rechtlich nicht ganz einwandfrei Verträge mit den Betreibern unterzeichnet hat. Bei der Aufdeckung dieser Ungereimtheiten war ebenfalls die VU-Fraktion federführend. Nachdem also der «Rauch» der Gemeinewahlen verfliegen ist, setzen sich die gewählten Vertreter unserer Partei schon voll für das Wohl des Landes, der Gemeinden und deren Einwohner ein und nach gut einem Monat im Amt sind sie schon mitten im Tagesgeschäft angekommen.

## Der Gesellschaftsminister und die Frauen

**Am 14. Juni fand der Frauenstreiktag statt. Auf dem Peter-Kaiser-Platz wurde demonstriert. Der zuständige Minister blieb der Veranstaltung fern. Stattdessen liess er übers Radio ausrichten, was er von den engagierten Frauen hält.**



Ines Rampono-Wanger  
Vorstandsmitglied  
der Frauenunion

Viele Frauen und solidarische Männer haben sich am 14. Juni vor dem Regierungsgebäude versammelt, um gemeinsam für ihre Forderungen einzustehen: für Lohngleichheit, gegen Gewalt gegen Frauen, für Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Respekt und wirtschaftliche Anerkennung der Care-Arbeit, gegen veraltete Rollenbilder und für Chancengleichheit für alle.

### Kein Interesse

Der Anlass wurde, trotz der klaren Forderungen im Manifest, das Regierungsrätin Aurelia Frick namens der Regierung entgegennahm, zu einem friedvollen Fest. Es wurde gelacht, diskutiert und demonstriert. Doch dieser lebendige Akt der Demokratie schien den zuständigen Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nur

## «Es kommt auf die Qualität an»

**Mit Daniela Wellenzohn-Erne stellt die VU die erste Vorsteherin im Oberland. Die historischen Momente sind aber bereits Geschichte. Die neue Frau an der Spitze kümmert sich um die Zukunft von Triesen.**



Daniela Wellenzohn-Erne: Mit Herzblut im Einsatz für die Anliegen der Einwohner von Triesen.

Foto: Daniel Schwendener

### Knapp zwei Monate bist du im Amt. Wie hast du dich eingelebt?

**Daniela Wellenzohn-Erne:** Ganz kurz gesagt: Sehr gut. Ich wurde vom gesamten Team der Verwaltung und von den Aussenstellen sehr gut, herzlich und kompetent empfangen. Das hat meinen Einstieg enorm erleichtert und ich habe mich sehr schnell in den laufenden Agenden wiedergefunden.

### Was waren die ersten «heissen Themen» im Gemeinderat?

Die heissen Themen werden bestimmt noch kommen. Das ist wie der jetzige Sommer: Richtig heiss war es noch nicht, aber, was nicht ist, kann ja noch werden.

### Wie gestaltet sich deiner Ansicht nach die Zusammenarbeit im neuen Gemeinderat?

Es gibt von beiden Parteien zahlreiche neue Vertreterinnen und Vertreter im Triesner Gemeinderat. Das Team hat sich in der neuen Konstellation sehr schnell als Einheit gefunden. Es herrscht ein angenehmes, konstruktives und freundliches Klima, die Themen können dadurch sehr speditiv und im Konsens abgearbeitet werden.

**Du hast ja jetzt die «Fronten» gewechselt. Was sieht für dich jetzt als Vorsteherin anders aus als damals, als du noch Gemeinderätin warst?**

Von einem Wechsel der Fronten möchte ich nicht sprechen. Auch Gemeinderatsarbeit ist verantwortungsvoll und sehr vielfältig. Nun darf ich als Gemeindevorsteherin noch mehr Verantwortung tragen, was ich im Sinne unserer Einwohnerinnen und Einwohner sehr gerne mache.

### Erstmals wird Triesen von einer Frau «regiert». Ist das neu oder fällt das den Leuten gar nicht auf?

Da müsste ich schon die Menschen im Dorf fragen. Für mich macht es keinen Unterschied, ob Frau oder Mann die Verantwortung trägt. Schliesslich kommt es auf die Qualität der Arbeit an.

### Was sind die nächsten Meilensteine, die du mit dem Triesner Gemeinderat in Angriff nehmen wirst?

Wichtig ist mir, die Bevölkerung in die Prozesse einzubinden. Nachdem wir nun in den Kommissionen bereits viele Triesnerinnen und Triesner bei der Arbeit für die Gemeinde integrieren konnten, steht bald der nächste Schritt auf dem Programm: Ich möchte – gemeinsam mit der Bevölkerung – einen Workshop oder dergleichen anbieten, in dem wir ein neues Leitbild erarbeiten. Dieses soll dann die Basis für unser Handeln bilden. ■

Interview: Michael Winkler

## Zielgerichtete Entlastung bei den Prämien

**Mit ihrer Ende Mai eingereichten parlamentarischen Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung möchte die VU-Fraktion ganz gezielt Einzelpersonen, Familien und Senioren des unteren Mittelstandes bei den Krankenkassenprämien entlasten.**



Günther Fritz  
Parteipräsident

Die VU-Landtagsfraktion hat Ende Mai eine parlamentarische Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung eingereicht. Die vorgeschlagenen Erhöhungen der Einkommensgrenzen bei gleichen Subventionssätzen sowohl für die Prämienverbilligung als auch die Kostenbeteiligung bringen bei einer angenommenen Nutzungsquote von 54 Prozent Mehrkosten von 6 Millionen mit sich.

### VU für 10-Millionen-Paket

Diese Initiative ist ein Teil des 10-Millionen-Pakets zur Entlastung des Mittelstands bei den Krankenkassenprämien. Den anderen Teil, die Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags von 29 auf 33 Mio. Franken, hat die VU-Fraktion dank Unterstützung der FL-Fraktion, des parteifreien Abgeordneten Johannes Kaiser und des FDP-Abgeordneten Wendelin Lampert im Juni-Landtag mit 13 Stimmen knapp durchgebracht.

Viele Menschen in Liechtenstein haben Schwierigkeiten, ihre Krankenkassenprämien und die Kostenbeteiligung zu bezahlen. Sowohl einkommensschwache Einzelpersonen bis zum 65. Lebensjahr als auch Familien des unteren Mittelstandes sowie viele Seniorinnen und Senioren leiden darunter, dass ein erheblicher Teil ihres monatlichen Haushaltsbudgets für die Gesundheitskosten aufgebraucht wird.



VU-Fraktionssprecher Günter Vogt: «Es ist Zeit, dass der Staat nach den Jahren des Sparens gerade den einkommensschwachen Einzelpersonen, Familien und Senioren wieder etwas zurückgibt.»

Foto: Daniel Schwendener

Die Anzahl der Anspruchsberechtigten auf einen Drittel der erwachsenen Bevölkerung steigen und bei der heutigen Nutzungsquote von 38 Prozent Mehrkosten von 5,7 Mio. Franken nach sich ziehen. Bei einer angenommenen Nutzungsquote von 54 Prozent würden dies bereits Mehrkosten von 10,5 Mio. Franken. Dieser Voranschlag geht der VU-Fraktion zu weit.

### Existenzminimum gesichert

Die Stossrichtung von Johannes Kaiser, dass er gerade Alleinstehende in den untersten Einkommenssegmenten und damit insbesondere Alleinerziehende mit einem Subventionssatz von 80 Prozent entlasten will, ist zwar gut gemeint, bringt vielen Betroffenen jedoch nicht die erhoffte Entlastung. Denn jegliche Veränderungen am Sozialsystem im Bereich unterhalb des Existenzminimums führen in der Regel nur zu Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Ausgabenposten der öffentlichen Hand.

«Deshalb haben wir uns mit Blick auf die Anzahl der Anspruchsberechtigten und die da-

aus resultierenden Kostenfolgen für eine Alternativ-Initiative entschieden, die auf den in Frage 8b unserer Interpellation aufgeführten Einkommensgrenzen und Subventionssätzen aufbaut», erklärt VU-Fraktionssprecher Günter Vogt. Laut Modellrechnung erhöht sich im Vergleich zur geltenden Regelung die Anzahl der Anspruchsberechtigten um 2900 auf rund 9900 Personen. Dabei entstehen im Vergleich zu heute bei einer bestehenden Nutzungsquote von 38 Prozent Mehrkosten in Höhe von 2,5 Mio. Franken.

### Nutzungsquote dürfte steigen

Nach Ansicht der VU-Fraktion ist davon auszugehen, dass durch die öffentliche Aufmerksamkeit und die zusätzlichen Anspruchsberechtigten das Prämienverbilligungssystem besser «beworben» wird und die Nutzungsquote steigt. «Ausserdem fordern wir die Regierung auf, die Steuerverwaltung zu beauftragen, beim jährlichen Steuerbescheid ganz gezielt die laut Steuererklärung Anspruchsberechtigten aufgrund ihres massgebenden Erwerbs über ihr Recht zur Nutzung der Prämienverbilligung zu informieren», betont VU-Fraktionssprecher Günter Vogt.

Unter diesen Voraussetzungen nimmt die VU vorsichtshalber an, dass die Nutzungsquote um bis zu gut 15 Prozent steigen könnte. Mit einer höheren Steigerung ist nach Ansicht der VU-Fraktion aber nicht zu rechnen, da auch in Zukunft viele Anspruchsberechtigte aus persönlichen Gründen von der Möglichkeit der Prämienverbilligung nicht Gebrauch machen wollen.

### Verdoppelung der Kosten

Das bedeutet dann bei einer angenommenen Nutzungsquote von rund 54 Prozent im Vergleich zur heutigen Regelung bei einer Nutzungsquote von 38 Prozent Mehrkosten von maximal 6 Mio. Franken. Das käme dann mit insgesamt 12 Mio. Franken einer Verdoppelung der heutigen Kosten für die Subventionierung der Prämien und Kostenbeteiligung gleich. Diese Mehrkosten sind nach Ansicht der VU aufgrund der zielgerichteten Unterstützung des unteren Mittelstandes sozialpolitisch sinnvoll und auch finanzpolitisch verantwortlich.

### Familien stärker fördern

Wie aus der tabellarischen Darstellung der Gesetzesinitiative ersichtlich ist, soll die Einkommensgrenze bei den Alleinstehenden von bisher 45000 auf 55000 Franken angehoben werden. Die vorliegende Initiative wendet den Zuschlagsfaktor von 0.4, um den sich die Einkommensgrenze bei Verheirateten und in Partnerschaft lebenden Personen bei der geltenden Regelung in der ersten Stufe erhöht, konsequent an. So wird auch in der zweiten Stufe die Einkommensgrenze von CHF 55000 bei Alleinstehenden um 40 Prozent auf CHF 77000 bei Ehepaaren/Lebenspartnern erhöht. Damit werden die Familien im Prämienverbilligungssystem stärker als bisher gefördert.

### Bei Kostenbeteiligung entlasten

Zudem wird in der Gesetzesinitiative der gleiche Subventionssatz, wie er für die Prämienverbilligung gilt, auch für die Kostenbeteiligung verwendet. Damit soll eine zusätzliche Entlastung bei der Kostenbeteiligung an den bezogenen Gesundheitsleistungen erfolgen. Laut Rechenschaftsbericht der Regierung betragen die Subventionen der Kostenbeteiligung im Berichtsjahr 2018 rund 10 Prozent der Totalkosten. In der Simulation sind es rund 11 Prozent. Wie das Ministerium für Gesellschaft errechnet hat, machen bei der vorliegenden Initiative die Subventionen der Kostenbeteiligung laut Simulation rund 15 Prozent der Totalkosten aus.

### Erfolg beim OKP-Staatsbeitrag

Die VU hatte bereits in den letzten beiden Jahren eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags um 4 Mio. Franken im Sinne einer Prämienbremse vorgeschlagen, erreichte aber keine Mehrheit. Beim dritten Anlauf im Juni-Landtag klappte es mit knappen 13 Stimmen. Dies bedeutet eine monatliche Reduktion der Krankenkassenprämie um 10.40 Franken. Das sind rund 125 Franken pro Jahr. Da die Gesundheitskosten und damit auch die Prämien in den nächsten Jahren voraussichtlich steigen werden, kommt dies aus heutiger Sicht einer mittelfristigen Prämienbremse gleich.

### Finanzpolitisch verantwortlich

Mit Mehrkosten von 6 Mio. im Bereich der Prämienverbilligung und 4 Mio. beim OKP-Staatsbeitrag möchte die VU im Rahmen ihres Bürgerpakets ein 10-Millionen-Prämienentlastungs-Paket durchbringen. Dazu Günter Vogt: «Diese Mehrkosten sind sozialpolitisch sinnvoll und auch finanzpolitisch verantwortlich. Dies nicht zuletzt angesichts des Gewinns von 53 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung 2018 des Landes bei einem betrieblichen Plus von 61 Mio. Franken. Es ist Zeit, dass der Staat nach den Jahren des Sparens gerade den einkommensschwachen Einzelpersonen, Familien und Senioren wieder etwas zurückgibt und sich stärker an den Gesundheitskosten beteiligt.» ■

### Was sich durch die VU-Prämienverbilligungs-Initiative ändern würde

Heutige Regelung	Massgebender Erwerb	Subvention Prämien	Subvention Kostenbet.	Anspruchsberechtigte Personen
Alleinstehende	bis CHF 30 000	60%	40%	3220
Alleinstehende	CHF 30 001 - CHF 45 000	40%	30%	1622
Ehepaare/Lebenspartner	bis CHF 42 000	60%	40%	1390
Ehepaare/Lebenspartner	CHF 42 001 - CHF 57 000	40%	30%	820
<b>Neu gemäss VU-Initiative</b>				
Alleinstehende	bis CHF 35 000	60%	60%	3855
Alleinstehende	CHF 35 001 - CHF 55 000	40%	40%	2019
Ehepaare/Lebenspartner	bis CHF 49 000	60%	60%	1726
Ehepaare/Lebenspartner	CHF 49 001 - CHF 77 000	40%	40%	2336

Quelle: VU, Ministerium für Gesellschaft



Frauenstreiktag ohne den «Frauenminister»: Mauro Pedrazzini blieb der Veranstaltung fern und überliess seiner Regierungskollegin Aurelia Frick die Bühne.  
Foto: Tatjana Schnalzger

nämlich der Grossteil der erwerbsfähigen Frauen sind, wird sich die wirtschaftliche Situation der Frauen nicht wirklich verbessern. Was unsere Familien brauchen, sind ein einjähriger Elternurlaub und teilzeitarbeitende Väter. Wes Geistes Kind unser Gesellschaftsminister ist, zeigte sich unter anderem auch in der Äusserung, dass nicht in allen Familien eine Grossmutter «zur Verfügung» stehe, um die Kinder zu betreuen.

### Stillstand und Bewegung

Im Radiointerview unterstellt Mauro Pedrazzini den Frauenorganisationen, dass sie andauernd mit den gleichen alten Forderungen kommen und darauf herumreiten, dass die Chancengleichheitspolitik in Liechtenstein im Stillstand verharre. Wäre der Gesellschaftsminister am 8. März in Schaan gewesen, hätte er vieles mitbekommen, das ihm bei seiner Arbeit geholfen hätte. Der Tag der Frau stand nämlich nicht unter dem Motto «Stillstand», sondern unter dem Motto «Stillstand und Bewegung». Wäre er da gewesen, hätte er gesehen, dass die Frauen-

organisationen kein Häufen jammernder Weiber, sondern eine Gruppe demokratisch engagierter Menschen sind, die sich für unser Land einsetzen.

Aber eben: Genau so wenig wie Mauro Pedrazzini sich für den «Tag der Frau» zu interessieren scheint, wollte er auch am 14. Juni

nicht die paar Schritte von seinem Schreibtisch auf den Peter-Kaiser-Platz in Angriff nehmen, um mit den Menschen, die für ihre Anliegen einstehen, zu diskutieren. Er hätte ja die Meinungen der Frauen und Männer nicht teilen müssen, aber wenigstens zuzuhören, wäre ihm gut angestanden. ■

# Familien stehen im Mittelpunkt

**Familien des Mittelstandes dürfen sich über steuerliche Erleichterungen freuen. Das VU-Steuerpostulat fand bei der Regierung Gehör und sorgt künftig unter anderem dafür, dass der Kinderabzug von 9000 Franken auf 12 000 Franken erhöht wird.**



Manfred Kaufmann  
VU-Abgeordneter

Das von der VU-Landtagsfraktion eingereichte Postulat zur steuerlichen Entlastung von Familien wurde im Dezember-Landtag 2018 an die Regierung überwiesen. Die Beantwortung der Regierung erfolgte im Juni-Landtag zur Zufriedenheit der Postulanten, da die zwei wesentlichen Punkte von der Regierung umgesetzt werden. Durch diese Umsetzung werden Familien steuerlich entlastet und die Handhabung bei der Steuerverwaltung vereinfacht.

## Kinderabzug erhöht

Der Kinderabzug, den Eltern in ihrer Steuererklärung geltend machen können, beträgt aktuell 9000 Franken pro Kind. Die letzten Jahre wurde der Kinderabzug im 10-Jahresschnitt um 3000 Franken erhöht. Seit der letzten Erhöhung sind mittlerweile 12 Jahre vergangen. Die Regierung sah in diesem Bereich ebenfalls die Möglichkeit den Abzug neu auf 12 000 Franken zu erhöhen.

Ebenfalls gilt es zu erwähnen, dass der benachbarte Kanton St.Gallen und der Kanton Zug, welcher aufgrund der Lebenshaltungskosten und der steuerlichen Belastung mit Liechtenstein vergleichbar ist, deutlich höhere Kinderabzüge gewähren. Durch diese Erhöhung wird künftig eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoerwerb von 80 000 Franken jährlich 156 Franken weniger an Steuern bezahlen und mit einem Bruttoerwerb von 100 000 Franken sind dies 468 Franken. Allgemein stellt sich die Frage, in welchen Lohngrenzen oder Ver-



Der Kinderabzug wird erhöht. Unterm Strich bleibt mehr Geld für die Familien.

Foto: iStock

mögen sich der Mittelstand in Liechtenstein überhaupt bewegt. So können Familien mit einem Einkommen unter 60 000 Franken nicht von einem erhöhten Steuerabzug profitieren. Wo nichts bezahlt wird, kann man auch nichts abziehen. Das ist kein politischer Anschlag auf die unteren Einkommen, sondern pure Logik. Familien mit sehr tiefem Einkommen zahlen also keine Steuern. Jene, die Steuern zahlen, werden durch unseren Vorstoss steuerlich entlastet. Durch die generelle Erhöhung des Kinderabzuges profitieren Eltern, welche ihre Kinder fremd betreuen lassen wie auch jene, welche die Kinder selber betreuen, gleichermassen. Das begrüsse ich sehr.

## Dualer Bildungsweg stärken

Derzeit ist es in Liechtenstein so, dass die Studiumposten von den Eltern nicht als Ausbildungskosten für Kinder in Abzug gebracht werden können, wenn zwischen dem Abschluss der Berufslehre mit Berufsmatura und dem Studium eine Erwerbstätigkeit von über einem Jahr ausgeübt wird. Und das, obwohl die Eltern beispielsweise für die Kosten aufkommen müssen, weil das Kind in diesem einen Erwerbsjahr nicht genügend Geld für die Studiumposten aufbringen kann. In der Schweiz war diese Handhabung schwierig umzusetzen, weshalb dort einfachere, objektivere und praktikablere Lösungen im Jahre 2016 eingeführt wurden.

In Liechtenstein wird das duale Bildungssystem häufig als der Königsweg in der Bildung angesehen und darf deshalb keinesfalls steuerlich torpediert werden. Auch in diesem Bereich ist es sehr zu begrüssen, dass die Regierung es für zweckmässig erachtet, die geltende Praxis betreffend die Abzugsfähigkeit von Ausbildungskosten der Kinder grosszügiger zu gestalten, als dies heute der Fall ist. In Liechtenstein soll nun die Praxis dahingehend angepasst werden, dass neu auch Ausbildungskosten für die Zweitausbildung bei den Eltern zum Abzug zugelassen sind, vorausgesetzt, dass sie zur Hauptsache für das Kind aufkommen. Dies führt zu einer Gleichbehandlung der

Bildungswege, unabhängig, ob das Kind den Bildungsweg Matura dann Studium, die Berufslehre mit gleich anschliessendem Studium oder den Weg Berufslehre, Arbeitstätigkeit und dann das Studium wählt. Bei dem eingereichten Postulat ging es der VU-Landtagsfraktion von Anfang an darum, die Familien in Liechtenstein steuerlich zu entlasten, da diese auch die damals notwendigen Sparmassnahmen mitgetragen haben. Ich denke, dass dies mit dem Postulat gelungen ist und ich bin dankbar, dass die Regierung hier ebenfalls eine Möglichkeit gesehen hat.

## Alle gebührend berücksichtigen

Kürzlich haben wir die Gesetzesinitiative betreffend Prämienverbilligungen eingereicht, welche im September-Landtag 2019 behandelt wird. Als VU sind wir der Ansicht, dass Familien mit geringem Einkommen weiter zu entlasten sind. Da steuerliche Entlastungen hier nicht greifen können, sollen unserer Ansicht nach weitere Entlastungen bei den Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen erfolgen. Durch eine stärkere Beteiligung an den Gesundheitskosten geben wir nicht nur den Familien wieder etwas zurück, sondern unterstützen auch einkommensschwache Einzelpersonen und Senioren.

Grundsätzlich bin auch ich der Ansicht, dass der Fokus auf Familien mit geringem Einkommen liegen muss. Ich bin aber auch klar dafür, dass alle Bevölkerungsschichten gerecht berücksichtigt werden müssen. Wichtig ist, dass das Gesamtpaket stimmt. Genau das wird erreicht, wenn wir zum einen den Kinderabzug erhöhen und zum anderen die Prämienverbilligung für den unteren Mittelstand ausweiten. ■

## Was bewegt di Junga? Miar wend's wessa!

**Heute Donnerstag um 18 Uhr trifft sich die Jugendunion zum Jugendstammtisch im Griffin's Pub in Balzers und am 10. August ab 16 Uhr beim Minigolf- und Pizzaplausch in Vaduz. Komm vorbei und sag uns, was dich bewegt!**

Nicht erst seit «Fridays for future» und anderen demonstrativen Anlässen ist die politische Jugend wieder in aller Munde: Für die Entscheidungsträger ist es wichtig, auch die Meinung der jungen Menschen im Land zu hören, damit sie in den Entscheidungsprozess einfließen kann. Wer sich nicht meldet, wird auch nicht gehört. Was man hingegen erreichen und bewegen kann, wenn man auf sich aufmerksam macht, erleben wir in diesen Monaten mit Greta Thunberg und Co.

Die Jugendunion – die Jugendorganisation der Vaterländischen Union – lädt deshalb alle ein und will wissen, was die Jungen bei uns im Land bewegt. Welche Themen liegen dir am Herzen? Wofür sollen wir uns einsetzen? Heute Donnerstag, den 27. Juni, findet um 18 Uhr in Balzers der Jugend-



Der Vorstand der Jugendunion freut sich auf eure Themen.

Foto: Daniel Ospelt

stammtisch statt. Das Griffin's Pub ist die ideale Location, um in geselliger Runde zusammenzukommen und sich über Gott und die Welt auszutauschen und einen kurzweiligen Abend zu verbringen.

Am 10. August findet dann unser Minigolf- und Pizzaplausch in der Minigolfanlage Schaan-Vaduz statt. Komm auch du vorbei und lerne uns kennen! Wir freuen uns auf dich! ■

## Veranstaltungen der Jugendunion

27. Juni 2019, 18 Uhr  
**Jugendstammtisch**  
Griffin's Pub, Balzers

10. August 2019, 16 Uhr  
**Minigolf- und Pizzaplausch**  
Minigolfanlage Schaan-Vaduz